

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Chaotische Wohnungspolitik des Senats endlich stoppen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich den politischen Irrweg, der mit dem Senatsbeschluss vom 18. Juni 2019 zu „Eckpunkten für ein Berliner Mietengesetz“ beschritten wurde und mit dem angekündigten Projekt „Mietendeckel“ auf die Spitze getrieben wird, zu beenden, und diesen für die Bürger unserer Stadt schwerwiegend schädlichen Beschluss aufzuheben. Insbesondere darf es keinen Mietendeckel geben!

Die Wohnungsbaupolitik des Senats ist ab sofort strikt an den Erfordernissen eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes zu orientieren, mit angemessenem Wohnungsneubau im Mietwohnungsbau wie auch im Eigentumswohnungsbau, unter ausreichender Berücksichtigung von seriös aufgestellten Wohnungsbaugenossenschaften und den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Die schwerwiegenden politischen Fehlleistungen von Senatorin Lompscher in der Wohnungspolitik sind vom Senat unverzüglich auszuwerten. Der Regierende Bürgermeister hat sodann in der Konsequenz hieraus Richtlinien der Regierungspolitik zu entwickeln und in einer Regierungserklärung dem Parlament bis zum 30. September 2019 zur Zustimmung vorzulegen.

Begründung

Die „Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz“ haben bereits nach ihrer öffentlichen Verkündung massive Verunsicherung bei Wohnungssuchenden, Mietern, Wohnungsbaugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften, Bauherren, Eigentümern und Steuerzahlern in der Stadt

ausgelöst. Investoren stellen noch nicht begonnene Bauprojekte zurück, Baubetriebe berichten über wegbrechende Aufträge von Gebäudeeigentümern für geplante Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen, Wohnungssuchende über einen immer angespannteren Markt, Mieter über kurzfristige Mieterhöhungen und Juristen schätzen die Gesetzgebungsaktivitäten des Senats als möglicherweise verfassungswidrig ein.

Die im Senatsbeschluss benannten Eckpunkte blockieren die Entwicklung auf dem Mietwohnungsmarkt für zunächst 5 Jahre vollständig, werden eine Verschärfung des Wohnungsmangels und ein weiteres Aufheizen der Immobilienpreise durch Knappheit erzeugen, führen zu einer Verengung des Marktes und zu einer Blockade bei privaten Vermietern, die der perspektivisch drohenden Unwirtschaftlichkeit ihrer Objekte durch Umwandlung, Verkauf oder Umnutzung zu entgehen versuchen werden. Wohnungssuchende werden sich grauen oder schwarzen Märkten gegenübersehen, bei denen Mietwohnraum nur noch mit erheblichen Schmiergeldzahlungen oder anderen Nachteilen zu erhalten sein wird. Die Objekte selbst werden bei nicht mehr auskömmlichen Mieten zunehmend dem Verfall preisgegeben werden, und es droht das langsame Abgleiten unserer Berliner Mietwohnungsbestände in Zustände, wie wir sie aus der sozialistischen Wohnungsverwaltung KWV im Ostteil unserer Stadt noch in schlechter Erinnerung haben.

Die übrigen Fehlleistungen in Sachen Wohnungspolitik von Bausenatorin Lompscher, aus deren Haus die Senatsvorlage stammte, sind ebenfalls inakzeptabel. Beispielhaft hierfür zu nennen ist die verfahrenere Situation im Blankenburger Süden, das Versagen im Wohnungsneubau, dessen Volumen kontinuierlich hinter den Senatsplanungen zurückbleibt, oder Lompschers Sympathiebekundungen für eine linksradikale Initiative, die durch großmaßstäbige Enteignungen das Land Berlin in die vollständige finanzielle Handlungsunfähigkeit drängen will, wodurch die Mietwohnungsneubauförderung verunmöglicht würde. Diese Fehlleistungen müssen vom Senat und vom Regierenden Bürgermeister ausgewertet werden.

Unter Nutzung seiner Richtlinienkompetenz hat der Regierenden Bürgermeister anschließend die Richtlinien der Regierungspolitik in Sachen Wohnungsbaupolitik festzulegen und dem Abgeordnetenhaus im Rahmen einer Regierungserklärung zur Zustimmung vorzulegen.

Der Weg zurück in eine sozialistische Wohnraumzwangsbewirtschaftung nach DDR-Vorbild, den Senatorin Lompscher betreibt, offenbar getrieben durch linksradikale Interessengruppen in der Stadt, denen sie gefallen will, muss unverzüglich gestoppt werden, um schweren Schaden von der Stadt und ihren Bürgern abzuwenden!

Berlin, 28. August 2019

Pazderski Brinker Hansel Laatsch
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion